

## FAQ – Aussetzung der Datenaktualisierung 2021

### 1. Warum wurden wir mit dem Schreiben vom 01.06.2021 über die Aussetzung der Aktualisierung informiert?

- ☞ Sie beteiligen sich auf Grundlage eines Vertrags oder eines Verpflichtungsbescheids als Datenlieferant am Infrastrukturatlas der zentralen Informationsstelle. Grundsätzlich sehen beide Verpflichtungsgrundlagen vor, dass die relevanten Geodaten immer zum 01.07. eines Jahres aktualisiert werden müssen. Dieses Jahr findet die verpflichtende Aktualisierung der Daten aber im Hinblick auf das am 23.04.2021 beschlossene Telekommunikationsmodernisierungsgesetz nicht statt. Durch die damit einhergehende Änderung der Rechtsgrundlage wären die aktualisierten Daten nur für wenige Monate im Infrastrukturatlas sichtbar und müssten dann ohnehin neu geliefert werden. Die Aussetzung erspart Ihnen so unnötigen Mehraufwand.

### 2. Ich kann dieses Schreiben nicht zuordnen. Für wen ist das relevant?

- ☞ Das ist je nach Unternehmen bzw. Kommune ganz unterschiedlich organisiert und kann daher nicht pauschal beantwortet werden. In der Regel sind die zuständigen Ansprechpartner auch für die eigenen Geoinformations- oder CAD-Systeme zuständig.

### 3. Wir haben bereits eine Datenlieferung auf den Weg gebracht. Was machen wir jetzt?

- ☞ Grundsätzlich können weiterhin freiwillig Datenaktualisierungen abgegeben werden.

### 4. Vor kurzem hat ein Kollege oder eine Kollegin Kontakt zu uns aufgenommen und Rückfragen zur letzten Datenlieferung gestellt. Hat sich diese Rückfrage jetzt erledigt?

- ☞ Nein. Die Rückfragen müssen unbedingt beantwortet werden, da die letzte Datenlieferung sonst nicht abschließend bearbeitet werden kann.

### 5. Werden wir informiert, wann wir dann das nächste Mal liefern müssen?

- ☞ Ja. Da sich die Rechtsgrundlage ändert, muss auch eine neue Verpflichtungsgrundlage geschaffen werden. Daher kommen wir ohnehin im Laufe des Jahres nochmals auf Sie zu. Im Rahmen der Neuverpflichtung ergibt sich dann auch das nächste individuelle Lieferdatum.

### 6. Was bedeutet: „Es gibt eine neue Rechtsgrundlage?“

- ➡ Die Rechtsgrundlage für die Erhebung der Daten für den Infrastrukturatlas befindet sich im Telekommunikationsgesetz (TKG). Das TKG wurde komplett neu gefasst und tritt am 01.12.2021 in Kraft. Dadurch ändern sich u.a. auch die Rahmenbedingungen und auch teilweise die Inhalte des Infrastrukturatlas. Damit künftige Datenlieferungen den neuen Anforderungen genügen, wird die individuelle Verpflichtung (Vertrag oder Bescheid) entsprechend erneuert.

## **7. Welche zusätzlichen Daten müssen künftig geliefert werden?**

- ➡ Zukünftig müssen neben den bisher bekannten Einrichtungen weitere neue Einrichtungen erfasst werden. Dies sind beispielsweise Stadtmöbel wie Bushaltestellen, elektronische Fahrgastanzeigen aber auch Litfaßsäulen und weitere Trägerstrukturen. Zusätzlich wird die sog. tatsächliche Verfügbarkeit abgefragt. Diese Daten bzw. Informationen liegen nicht zwangsläufig auch bei allen verpflichteten Datenlieferanten vor. Daher ist es schwierig eine pauschale Aussage zu treffen, wie sich die Änderungen auswirken. Es muss jeder Einzelfall betrachtet werden. Es werden im Laufe des Jahres weitere Informationen zur TKG-Novelle und den Auswirkungen auf die Datenlieferung an den Infrastrukturatlas zur Verfügung gestellt.

## **8. Alle Daten, die wir haben, wurden bereits übermittelt. Warum müssen wir überhaupt neu verpflichtet werden?**

- ➡ Eine Datenlieferung ist immer nur eine Momentaufnahme zum jeweiligen Zeitpunkt. Die Versorgungsnetze unterliegen einem stetigen Wandel. Sie werden ergänzt, umstrukturiert oder auch aufgelöst. Die Nutzer des Infrastrukturatlas haben aber ein Interesse daran möglichst aktuelle Daten zu sehen. Daher müssen die Daten regelmäßig aktualisiert werden. Da nach Inkrafttreten des neuen TKG zusätzliche Einrichtungen und weitere Informationen erfasst werden, muss auch eine „erneute“ Erstlieferung stattfinden.